

82 - 23. - 07. - 1992

## Neun Gründe gegen Retentionsraum im Unterfeld

### Bodenheimer Gemeinderat stellt sich gegen Pläne der Landesregierung / GAL: Blamable Entscheidung

wbl. BODENHEIM — Letztlich zwar deutlich, doch nicht ohne „Bauchweh“ verabschiedete der Bodenheimer Gemeinderat die ablehnende Verwaltungsvorlage zum Thema Ausweisung von Retentionsraum im Bodenheimer Unterfeld. Die Auslotung der Stimmungslage in den Gemeinden zu den Plänen der Landesregierung, die Hochwasserrückhalteräume zwischen Bingen und Worms neu zu definieren, stieß damit bei einer weiteren Kommune auf ein negatives Echo.

Bei zwei Gegenstimmen der GAL votierte der Rat für einen Neunpunktetkatalog von Gründen gegen die Hochwasserschutzpläne des Umweltministeriums: Die vorgesehenen Flächen kämen dem Wohngebiet zu nahe (Kellerüberflutung durch Druckwasser); Damnbrüche

würden noch gefährlicher; die geplante Erweiterung des Gewerbegebietes sei überhaupt nicht berücksichtigt; die Trinkwassergewinnung im Unterfeld sei durch belastetes Rheinwasser gefährdet; Überflutungen könnten zu beträchtlichen Schäden für den Kulturpflanzenbestand im Unterfeld führen; die Kläranlage sei zwar eingedeicht, aber bei Überflutung überhaupt nicht mehr erreichbar; eine Überflutung des B-9-Zubringers sei inakzeptabel; Wohngebiete würden gefährdet, Naturschutzgebiete würden in die Planung nicht aufgenommen; die neuen Dämme veränderten das Orts- und Landschaftsbild negativ. Wie Bürgermeister Achatz erläuterte, fühle sich die Gemeinde vor allem schlecht informiert, habe sich mühsam Einzelheiten zu den Plänen zusammensuchen müssen. Rein sachliche und an den Belangen der Bevölkerung und der direkt betroffenen Landwirtschaft orientierte Argumente seien letztlich ausschlaggebend für die Ablehnung der Pläne. „Wir appellieren an die Verantwortung der Landesregierung für die Menschen unserer Region und erwarten entsprechende Entscheidungen“, faßte Achatz zusammen.

CDU-Fraktionssprecher Pfeifer betonte, daß es nicht um ein Votum nach dem Sankt-Florians-Prinzip gehe, bei dem es lieber den Nachbarn treffen möge. Aber die Gründe gegen die Pläne hätten den Meinungspegel der Christdemokraten eindeutig in Richtung Nein zum Ausschlag gebracht. Letztlich ein

Nein sei auch bei den Sozialdemokraten rausgekommen, erklärte für die SPD Manfred Kühl. „Aber wie soll es weitergehen, wenn alle nein-sagen?“ stellte er in den Raum. Die SPD sei der Meinung, daß ein gesteuerter Hochwasserschutz anstelle der vorgesehenen natürlichen Retention wesentlich geringere Eingriffe bedinge. Insofern werde man gegen die Pläne stimmen, „aber unser heutiges Nein soll uns nicht für immer an ein Nein binden“. Für die FWG sei das Konzept „noch nicht richtig durchdacht“, erklärte FWG-Fraktionschef Engel. Insbesondere Bedenken der Landwirte seien unzureichend berücksichtigt. GAL-Sprecherin Barbara Reif argumentierte auf der Basis eines vom Umweltministerium in Auftrag gegebene

nen Gutachtens. Die „relative Gesamtempfindlichkeit“ aller in Frage kommenden Gebiete sei ausgetestet worden, und der Raum Bodenheim gelte als einer der unempfindlichsten. Deshalb, weil der bestehende Hochwasserschutz vollkommen unzureichend sei und weil die meisten der im Neunpunktetkatalog der Verwaltung angesprochenen Kritikpunkte unhaltbar — weil lösbar oder widerlegbar — seien, halte die GAL die Bereitstellung von Retentionsraum auch im Sinne der Unterfeld-Bewohner für unbedingt notwendig. Nach der Ablehnung eines entsprechenden GAL-Antrages und der Zustimmung zu der Verwaltungsvorlage meinte Reif: „Mit diesem Beschluß blamieren wir uns unglaublich.“